Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5650**

14. Wahlperiode 26. 03. 2001

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/5542 –

Die Entwicklung der Einbürgerungszahlen

Vorbemerkung

Die Einbürgerungszahlen werden von den Einbürgerungsbehörden einschließlich des Bundesverwaltungsamtes über die statistischen Ämter der Länder jährlich dem Statistischen Bundesamt übermittelt (§ 36 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG). Erfasst werden nur vollzogene Einbürgerungen mit den in § 36 Abs. 2 StAG aufgeführten Erhebungsmerkmalen. Statistische Erhebungen zu den Einbürgerungsanträgen finden nicht statt. Angaben über die Zahl der Einbürgerungsanträge, die in den Jahren 1990 bis 1999 bzw. im Jahr 2000 gestellt, wieder zurückgenommen oder abgelehnt wurden, stehen der Bundesregierung daher nicht zur Verfügung.

1. Wie viele Personen haben in den Jahren von 1990 bis 1999 ihre Einbürgerung beantragt und wie viele dieser Personen haben eine Einbürgerung erhalten

   a) differenziert nach Jahren und Bundesländern,

   b) differenziert nach Jahren sowie Ermessens- und Anspruchseinbürgerungen,

   c) differenziert nach Jahren, Nationalitäten und Altersgruppen (siehe Frage 3c),

   d) differenziert nach Beibehaltung bzw. nach Verlust der alten Staatsbürgerschaft und Nationalitäten?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen. Angaben zu den Einbürgerungen in dem gefragten Zeitraum sind in den beigefügten jährlichen Tabellen aufgeführt. Die Diffenzierung nach Staatsangehörigkeiten wurde auf die Hauptherkunftsstaaten beschränkt.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 23. März 2001 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wie viele Personen, die in den Jahren 1990 bis 1999 ihre Einbürgerung beantragt hatten und über deren Antrag noch nicht entschieden war, haben ihren Antrag nach Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts zum 1. Januar 2000 wieder zurückgezogen (bitte nach Nationalitäten und Altersgruppen aufschlüsseln)?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

3. Wie viele Personen haben im Jahr 2000 ihre Einbürgerung beantragt und wie viele dieser Personen haben eine Einbürgerung erhalten?
   a) differenziert nach Bundesländern,
   b) differenziert nach Staatsangehörigkeit,
   c) differenziert nach ihrem Alter,
      c1) Regelanspruch durch Geburt (nach dem 1. Januar 2000 geboren),
      c2) Anträge nach Übergangsregelung (nach dem 1. Januar 1990 geboren),
      c3) Anträge von 0- bis 23-Jährigen (ohne c2),
      c4) Anträge von 24- bis 50-Jährigen,
      c5) Anträge von über 50-Jährigen?

Die Einbürgerungsstatistik für das Jahr 2000 liegt noch nicht vor. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

4. Bei wie vielen Personen, die im Jahre 2000 ihre Einbürgerung beantragt haben, ist der Antrag abgewiesen worden
   a) wegen fehlender beziehungsweise nicht ausreichender Sprachkenntnisse,
   b) auf Grund einer Feststellung nach § 86 Nr. 2 des Ausländergesetzes (Einbürgerungsbewerber hat verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstützt),
   c) wegen des Vorliegens von Ausweisungsgründen nach § 46 Nr. 1 des Ausländergesetzes (Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung)?

5. Bei wie vielen Personen, die im Jahre 2000 ihre Einbürgerung beantragt haben, ist der Antrag abgewiesen worden, weil sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben haben?

Die Gründe für die Rücknahme oder Ablehnung eines Einbürgerungsantrages werden nicht erfasst. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

6. Bei wie vielen Personen, die im Jahre 2000 ihre Einbürgerung beantragt haben, ist die Einbürgerung unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit nach § 87 des Ausländergesetzes erfolgt (bitte getrennt nach der jeweiligen nichtdeutschen Staatsangehörigkeit aufschlüsseln),
   a) weil das Recht des ausländischen Staates das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit nicht vorsieht,
   b) weil der ausländische Staat die Entlassung regelmäßig verweigert und der Ausländer der zuständigen Behörde einen Entlassungsantrag zur Weiterleitung an den ausländischen Staat übergeben hat,

c) weil der ausländische Staat die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit aus Gründen versagt hat, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, oder von unzumutbaren Bedingungen abhängig macht oder über den vollständigen und formgerechten Entlassungsantrag nicht in angemessener Zeit entschieden hat,

d) weil im Falle älterer Personen der Einbürgerung ausschließlich das Hindernis eintretender Mehrstaatigkeit entgegenstand, die Entlassung auf unverhältnismäßige Schwierigkeiten stieß und die Versagung der Einbürgerung eine besondere Härte dargestellt hätte,

e) weil dem Ausländer bei Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit erhebliche Nachteile insbesondere wirtschaftlicher oder vermögensrechtlicher Art entstanden wären, die über den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte hinausgegangen wären,

f) weil der Ausländer politisch Verfolgter im Sinne des § 51 des Ausländergesetzes war oder wie ein Flüchtling nach dem Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge behandelt wurde,

g) weil der Ausländer Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union war und Gegenseitigkeit bestand,

h) weil die Voraussetzung des § 87 Abs. 3 des Ausländergesetzes erfüllt war,

i) weil andere Gründe vorlagen (welche)?

Die Gründe für die Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit werden nicht erfasst. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

7. Nach Maßgabe welcher völkerrechtlichen Verträge sind nach Auffassung der Bundesregierung weitere Ausnahmen vom Verbot der Mehrstaatigkeit vorzusehen?

Völkerrechtliche Verträge im Sinne des § 87 Abs. 4 des Ausländergesetzes (AuslG) über weitere Ausnahmen von der Vermeidung von Mehrstaatigkeit sind bisher nicht abgeschlossen worden.

8. Bei wie vielen Personen, die im Jahre 2000 ihre Einbürgerung beantragt haben,

a) ist der Antrag abgewiesen worden, weil sie nicht den Lebensunterhalt für sich und ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestreiten konnten,

b) ist die Härtefallvorschrift des § 85 Abs. 1 Satz 2 des Ausländergesetzes zur Anwendung gekommen?

Die Zahl der Anwendungsfälle des § 85 Abs. 1 Satz 2 AuslG wird nicht erfasst. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung und die Antwort zu 4. und 5. verwiesen.

9. Wie viele Aussiedler bzw. Spätaussiedler haben in den Jahren 1990 bis 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt und erhalten
   a) differenziert nach Bundesländern,
   b) differenziert nach Staatsangehörigkeit,
   c) wie viele dieser Personen haben eine doppelte Staatsangehörigkeit,
   d) welche Gründe gab es seitens der Behörden für den Verzicht auf Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft?

Die Einbürgerung von Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes wurde in der Einbürgerungsstatistik nicht gesondert ausgewiesen. Der Einbürgerungsanspruch für diese Personen war nicht vom Verlust oder der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig (§ 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit in der bis zum 31. Juli 1999 geltenden Fassung).

Der bisherige Einbürgerungsanspruch ist durch das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. August 1999 durch einen gesetzlichen (automatischen) Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit abgelöst worden (§§ 7 und 40a StAG). Gesetzliche Erwerbstatbestände werden nicht erfasst.

Statistische Erhebungen über die Zahl der vorgenannten Personen, die bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten, verloren oder aufgegeben haben, finden nicht statt. Angaben hierzu stehen der Bundesregierung daher nicht zur Verfügung. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

10. Wie viele Deutsche haben in den Jahren 1990 bis 2000 ihre Staatsangehörigkeit nach Maßgabe des § 25 des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verloren?

11. Bei wie vielen Deutschen wurde in den Jahren 1990 bis 2000 von den Ausnahmebestimmungen des § 25 Abs. 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes Gebrauch gemacht, so dass sie ihre Staatsangehörigkeit nicht durch Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verloren haben?

12. Wie viele Deutsche haben in den Jahren 1990 bis 2000 auf ihre deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet?

Statistische Erhebungen über die Zahl der Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit verloren haben (§ 25 Abs. 1 StAG), denen eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit (Beibehaltungsgenehmigung) für den Fall des Erwerbs einer anderen Staatsangehörigkeit erteilt wurde (§ 25 Abs. 2 StAG) oder die als Mehrstaater auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet haben (§ 26 StAG) und deren Verzicht genehmigt wurde, finden nicht statt. Angaben hierzu stehen der Bundesregierung daher nicht zur Verfügung.

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1992 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.	
			§ 85 AuslG	§ 86 AuslG
	1	2	3	4
		1992		
Türkei	13 373	7 344	2 062	3 967
Polen	3 527	2 723	117	687
Jugoslawien [1]	2 305	1 283	311	711
Vietnam	2 261	1 906	221	134
Marokko	2 105	1 134	118	853
Tunesien	1 973	1 047	41	885
Philippinen	1 693	1188	30	475
Afghanistan	1 120	885	98	137
Äthiopien	892	707	108	77
Pakistan	840	595	29	216

*) In Deutschland
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten 1993 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.	
			§ 85 AuslG	§ 86 AuslG
	1	2	3	4
		1993		
Türkei	22 857	12 071	3 221	7 565
Marokko	3 968	2 068	195	1 705
Kroatien	3 686	1 859	538	1 289
Polen	3 473	2 685	164	624
Tunesien	2 741	1 435	66	1 240
Jugoslawien [1]	2 336	1 249	326	761
Vietnam	2 242	1 765	296	181
Afghanistan	1 829	1497	131	201
Philippinen	1 514	1186	18	310
Bosnien und Herzegowina	1 028	538	88	402

*) In Deutschland
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1994 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.	
			§ 85 AuslG	§ 86 Abs.1 AuslG
	1	2	3	4
		1994		
Türkei	19 022	6 186	4 679	8 157
Jugoslawien [1]	3 910	811	987	2 112
Kroatien	3 496	475	868	2 153
Vietnam	2 523	1 965	328	230
Polen	2 487	1 834	177	476
Bosnien und Herzegowina	2 319	449	425	1 445
Afghanistan	1 683	1402	195	86
Marokko	1 608	132	398	1 078
Tunesien	1 508	697	114	697
Philippinen	1 107	905	27	175

[*] In Deutschland
[1] Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1995 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon			
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.		
			§ 85 AuslG	§ 86 Abs.1 AuslG	
	1	2	3	4	
1995					
Türkei	30 753	10 898	6 535	13 320	1
Vietnam	3 357	2 279	455	623	2
Marokko	3 288	1 713	513	1 062	3
Jugoslawien [1]	3 257	727	829	1 701	4
Polen	2 745	2 179	164	402	5
Kroatien	2 479	344	696	1 439	6
Bosnien und Herzegowina	1 915	506	389	1 020	7
Afghanistan	1 636	1318	183	135	8
Tunesien	1 604	795	145	664	9
Philippinen	922	748	31	143	10

*) In Deutschland
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten 1996 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem. § 85 AuslG	Einbürgerungen gem. § 86 Abs.1 AuslG
	1	2	3	4
		1996		
Türkei	44 842	16 120	8 410	20 312
Vietnam	3 464	2 058	466	940
Marokko	2 918	1 448	531	939
Jugoslawien [1]	2 733	680	695	1 358
Kroatien	2 268	362	690	1 216
Polen	2 226	1 736	188	302
Bosnien und Herzegowina	1 847	468	392	987
Afghanistan	1 764	1266	234	264
Eritrea	1 620	1046	320	254
Tunesien	1 480	741	131	608

*) In Deutschland
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1997 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon			
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.		
			§ 85 AuslG	§ 86 Abs.1 AuslG	
	1	2	3	4	
		1997 [a]			
Türkei	39 111	15 774	6 560	16 777	1
Marokko	4 010	2 023	769	1 218	2
Vietnam	3 119	1 662	365	1 092	3
Jugoslawien [1]	1 989	484	479	1 026	4
Polen	1 942	1 478	211	253	5
Kroatien	1 789	290	564	935	6
Tunesien	1 677	757	188	732	7
Rumänien	1 547	1 429	47	71	8
Afghanistan	1 454	1 073	160	221	9
Eritrea	1 382	857	241	284	10

*) In Deutschland
a) Ohne Hamburg
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1998 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.	
			§ 85 AuslG	§ 86 Abs.1 AuslG
	1	2	3	4
		1998 [a)]		
Türkei	53 696	21 391	9 359	22 946
Marokko	4 981	2 580	857	1 544
Bosnien und Herzegowina	3 469	891	721	1 857
Vietnam	3 452	1 782	355	1 315
Jugoslawien [1)]	2 404	591	632	1 181
Kroatien	2 198	324	687	1 187
Sri Lanka	2 087	1 789	135	163
Polen	1 854	1 379	210	265
Tunesien	1 822	871	192	759
Libanon	1 692	1 287	324	81

*) In Deutschland
a) Ohne Hamburg
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- V II B - 175 -

Eingebürgerte Ausländer/-innen nach ausgewählten
früheren Staatsangehörigkeiten 1999 *)

Frühere Staatsangehörigkeit	Eingebürgerte Ausländer/-innen insgesamt (Sp. 2 bis 4)	Davon		
		Ermessens-einbürgerungen	Einbürgerungen gem.	
			§ 85 AuslG	§ 86 Abs.1 AuslG
	1	2	3	4
	1999 a)			
Türkei	89 526	34 382	15 236	39 908
Marokko	4 312	2 061	893	1 358
Bosnien und Herzegowina	3 745	1 044	828	1 873
Jugoslawien 1)	3 120	884	713	1 523
Sri Lanka	2 494	1 990	234	270
Libanon	2 323	1 747	489	87
Vietnam	2 270	1 203	267	800
Kroatien	1 536	265	430	841
Rumänien	1 477	1 342	83	52
Iran, Islam. Rep.	1 448	98	802	548

*) In Deutschland
a) Ohne Hamburg
1) Serbien/Montenegro

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1990 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt	Davon Anspruchs-einbürgerungen	Davon Ermessens-einbürgerungen
	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Schleswig-Holstein	1 397	777	620
Hamburg	3 769	2 812	957
Niedersachsen	10 968	9 649	1 319
Bremen	340	152	188
Nordrhein-Westfalen	31 002	26 138	4 864
Hessen	6 647	4 381	2 266
Rheinland-Pfalz	6 537	5 861	676
Baden-Württemberg	21 331	18 112	3 219
Bayern	11 823	9 172	2 651
Saarland	507	153	354
Berlin-West	7 056	3 933	3 123
Deutschland	101 377	81 140	20 237

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1991 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt	Davon Anspruchs- einbürgerungen	Davon Ermessens- einbürgerungen
	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Baden-Württemberg	33 641	29 696	3 945
Bayern	18 538	15 391	3 147
Berlin	7 515	1 844	5 671
Brandenburg	456	139	317
Bremen	477	219	258
Hamburg	5 277	3 786	1 491
Hessen	9 016	6 511	2 505
Mecklenburg-Vorpommern	125	67	58
Niedersachsen	15 038	13 166	1 872
Nordrhein-Westfalen	36 905	31 571	5 334
Rheinland-Pfalz	10 206	9 295	911
Saarland	1 196	678	518
Sachsen	609	289	320
Sachsen-Anhalt	140	19	121
Schleswig-Holstein	2 214	1 520	694
Thüringen	277	144	133
Deutschland	141 630	114 335	27 295

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1992 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt	Davon Anspruchs-einbürgerungen	Davon Ermessens-einbürgerungen
	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Baden-Württemberg	36 006	31 837	4 169
Bayern	29 487	26 243	3 244
Berlin	9 743	976	8 767
Brandenburg	618	187	431
Bremen	392	83	309
Hamburg	4 233	1 751	2 482
Hessen	11 835	8 295	3 540
Mecklenburg-Vorpommern	445	140	305
Niedersachsen	17 993	15 257	2 736
Nordrhein-Westfalen	44 058	37 174	6 884
Rheinland-Pfalz	17 671	16 303	1 368
Saarland	1 868	1 466	402
Sachsen	1 782	938	844
Sachsen-Anhalt	623	252	371
Schleswig-Holstein	2 234	1 379	855
Thüringen	916	581	335
Deutschland	179 904	142 862	37 042

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1993 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt	Davon Anspruchs- einbürgerungen	Davon Ermessens- einbürgerungen
	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Baden-Württemberg	39 981	33 862	6 119
Bayern	30 692	26 633	4 059
Berlin	9 458	1 482	7 976
Brandenburg	1 161	729	432
Bremen	1 734	1 446	288
Hamburg	5 234	2 122	3 112
Hessen	14 485	9 719	4 766
Mecklenburg-Vorpommern	598	385	213
Niedersachsen	21 454	17 798	3 656
Nordrhein-Westfalen	49 900	39 264	10 636
Rheinland-Pfalz	14 422	13 127	1 295
Saarland	1 954	1 524	430
Sachsen	3 168	2 403	765
Sachsen-Anhalt	1 620	1 385	235
Schleswig-Holstein	3 127	2 298	829
Thüringen	455	316	139
Deutschland	199 443	154 493	44 950

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1994 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt	Davon Anspruchs-einbürgerungen	Davon Ermessens-einbürgerungen
	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Baden-Württemberg	47 534	43 691	3 843
Bayern	32 900	30 077	2 823
Berlin	9 903	7 029	2 874
Brandenburg	1 505	1 364	141
Bremen	3 178	3 002	176
Hamburg	4 929	3 527	1 402
Hessen	21 453	18 943	2 510
Mecklenburg-Vorpommern	991	914	77
Niedersachsen	31 204	29 070	2 134
Nordrhein-Westfalen	73 021	65 048	7 973
Rheinland-Pfalz	18 004	17 166	838
Saarland	2 372	2 093	279
Sachsen	2 813	2 438	375
Sachsen-Anhalt	2 283	2 139	144
Schleswig-Holstein	5 591	5 025	566
Thüringen	1 489	1 349	140
Deutschland	259 170	232 875	26 295

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1995 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt		Davon			
			Anspruchs- einbürgerungen		Ermessens- einbürgerungen	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Baden-Württemberg	50 932	24 840	45 895	22 330	5 037	2 510
Bayern	40 200	19 436	37 202	18 070	2 998	1 366
Berlin	12 228	5 677	8 904	3 954	3 324	1 723
Brandenburg	3 071	1 485	2 915	1 416	156	69
Bremen	3 544	1 719	3 173	1 564	371	155
Hamburg	7 730	3 800	6 017	2 919	1 713	881
Hessen	27 116	13 439	23 271	11 503	3 845	1 936
Mecklenburg-Vorpommern	1 281	644	1 198	608	83	36
Niedersachsen	39 893	19 557	37 173	18 236	2 720	1 321
Nordrhein-Westfalen	86 136	42 385	77 116	37 638	9 020	4 747
Rheinland-Pfalz	19 605	9 697	18 533	9 175	1 072	522
Saarland	3 305	1 610	3 014	1 467	291	143
Sachsen	5 562	2 806	5 251	2 619	311	187
Sachsen-Anhalt	3 272	1 617	3 120	1 546	152	71
Schleswig-Holstein	7 248	3 494	6 554	3 188	694	306
Thüringen	2 483	1 226	2 382	1 178	101	48
Deutschland	313 606	153 432	281 718	137 411	31 888	16 021

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1996 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt		Davon Anspruchs-einbürgerungen		Davon Ermessens-einbürgerungen	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Baden-Württemberg	45 760	22 535	39 119	19 120	6 641	3 415
Bayern	39 806	19 216	36 616	17 701	3 190	1 515
Berlin	10 268	4 824	7 308	3 351	2 960	1 473
Brandenburg	2 734	1 378	2 600	1 313	134	65
Bremen	3 208	1 546	2 913	1 404	295	142
Hamburg	8 726	4 274	6 552	3 162	2 174	1 112
Hessen	27 278	13 260	22 185	10 728	5 093	2 532
Mecklenburg-Vorpommern	1 298	630	1 170	561	128	69
Niedersachsen	38 423	18 769	35 352	17 267	3 071	1 502
Nordrhein-Westfalen	85 542	41 916	74 733	36 371	10 809	5 545
Rheinland-Pfalz	18 102	8 802	16 618	8 056	1 484	746
Saarland	2 772	1 397	2 460	1 226	312	171
Sachsen	6 621	3 321	6 324	3 141	297	180
Sachsen-Anhalt	3 311	1 639	3 198	1 580	113	59
Schleswig-Holstein	6 578	3 290	5 824	2 919	754	371
Thüringen	2 403	1 181	2 254	1 119	149	62
Deutschland	302 830	147 978	265 226	129 019	37 604	18 959

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1997 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt		Davon Anspruchs- einbürgerungen		Davon Ermessens- einbürgerungen	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Baden-Württemberg	43 388	21 231	37 112	18 165	6 276	3 066
Bayern	37 202	17 963	33 044	16 073	4 158	1 890
Berlin	10 485	5 057	7 698	3 649	2 787	1 408
Brandenburg	4 338	2 123	4 219	2 058	119	65
Bremen	4 323	2 150	3 960	1 976	363	174
Hamburg	6 889	2 203 [a]	5 261	1 938 [a]	1 628	265 [a]
Hessen	26 160	12 844	20 607	10 083	5 553	2 761
Mecklenburg-Vorpommern	2 865	1 370	2 787	1 334	78	36
Niedersachsen	31 300	15 382	27 352	13 489	3 948	1 893
Nordrhein-Westfalen	73 863	36 133	62 741	30 508	11 122	5 625
Rheinland-Pfalz	12 918	6 371	11 409	5 651	1 509	720
Saarland	2 557	1 266	2 234	1 106	323	160
Sachsen	8 176	3 976	7 951	3 845	225	131
Sachsen-Anhalt	4 822	2 436	4 702	2 353	120	83
Schleswig-Holstein	6 285	3 115	5 485	2 712	800	403
Thüringen	3 091	1 495	2 938	1 412	153	83
Deutschland	278 662	135 115 [a]	239 500	116 352 [a]	39 162	18 763 [a]

[a] Ohne Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hamburg.

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1998 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt		Davon Anspruchs- einbürgerungen		Davon Ermessens- einbürgerungen	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Baden-Württemberg	43 044	20 864	34 509	16 724	8 535	4 140
Bayern	37 034	17 958	32 351	15 777	4 683	2 181
Berlin	12 045	5 831	9 162	4 403	2 883	1 428
Brandenburg	4 807	2 294	4 662	2 233	145	61
Bremen	4 719	2 303	4 231	2 073	488	230
Hamburg	7 727	2 515 [a)]	5 275	2 091 [a)]	2 452	424 [a)]
Hessen	26 852	13 240	20 816	10 254	6 036	2 986
Mecklenburg-Vorpommern	3 332	1 638	3 229	1 587	103	51
Niedersachsen	28 611	14 105	24 193	11 942	4 418	2 163
Nordrhein-Westfalen	82 212	40 367	66 163	32 200	16 049	8 167
Rheinland-Pfalz	11 969	5 848	10 078	4 917	1 891	931
Saarland	2 780	1 372	2 222	1 102	558	270
Sachsen	8 447	4 067	8 251	3 975	196	92
Sachsen-Anhalt	5 485	2 691	5 351	2 616	134	75
Schleswig-Holstein	7 673	3 754	6 422	3 130	1 251	624
Thüringen	4 594	2 252	4 507	2 208	87	44
Deutschland	291 331	141 099 [a)]	241 422	117 232 [a)]	49 909	23 867 [a)]

[a)] Ohne Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hamburg.

Statistisches Bundesamt
- VII B - 175 -

Einbürgerungen 1999 nach Bundesländern und Art der Einbürgerung

Bundesland	Einbürgerungen insgesamt		Davon Anspruchs-[1] einbürgerungen		Davon Ermessens- einbürgerungen	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Baden-Württemberg	38 906	18 567	26 221	12 541	12 685	6 026
Bayern	28 817	13 757	22 108	10 578	6 709	3 179
Berlin	12 278	5 910	8 162	3 858	4 116	2 052
Brandenburg	3 052	1 494	2 898	1 419	154	75
Bremen	3 916	1 914	3 241	1 581	675	333
Hamburg	6 234	2 017 [a]	3 655	1 572 [a]	2 579	445 [a]
Hessen	23 227	11 488	14 766	7 242	8 461	4 246
Mecklenburg-Vorpommern	2 322	1 136	2 223	1 084	99	52
Niedersachsen	20 258	9 904	14 766	7 172	5 492	2 732
Nordrhein-Westfalen	81 797	39 855	64 884	31 171	16 913	8 684
Rheinland-Pfalz	8 825	4 360	6 190	3 005	2 635	1 355
Saarland	1 925	929	1 374	676	551	253
Sachsen	4 372	2 126	4 204	2 039	168	87
Sachsen-Anhalt	3 523	1 740	3 386	1 657	137	83
Schleswig-Holstein	6 152	3 043	4 118	2 009	2 034	1 034
Thüringen	2 602	1 256	2 426	1 156	176	100
Deutschland	248 206	119 496 [a]	184 622	88 760 [a]	63 584	30 736 [a]

[a] Ohne Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hamburg.
[1] Aussiedler bis einschl. Juli 1999.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333